



JEDavidson:kvo

U.S. Department of Justice  
Civil Division  
Office of International Judicial Assistance

---

U.S. Central Authority  
Benjamin Franklin Station  
P.O. Box 14360  
Washington, D.C. 20044  
+1 (202) 514-6700  
OIIA@usdoj.gov

11. Juni 2018

**In den Vereinigten Staaten verfügbare Unterstützung gemäß Internationaler  
Übereinkommen über die Zustellung von Schriftstücken und die Beweisaufnahme**

***Zustellung von Schriftstücken***

Das Büro für Internationale Rechtshilfe beim Justizministerium der Vereinigten Staaten (*U.S. Department of Justice's Office of International Judicial Assistance*) ("OIIA") fungiert als Zentrale Behörde nach dem Übereinkommen über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke im Ausland in Zivil- oder Handelssachen ("Haager Zustellungsübereinkommen"). Das OIIA fungiert auch als Zentrale Behörde nach dem Zusatzprotokoll zum interamerikanischen Übereinkommen zu Rechtshilfeersuchen ("Interamerikanisches Übereinkommen"), das die Vereinigten Staaten zum Zwecke der rechtsgültigen Zustellung von Schriftstücken unterzeichnet haben. Darüber hinaus bearbeitet das OIIA über diplomatische Kanäle eingehende Zustellungsanträge von Staaten, die keine Unterzeichnerstaaten des Übereinkommens sind. Anträge auf Zustellung eines gerichtlichen oder außergerichtlichen Schriftstücks an die Regierung der Vereinigten Staaten, ihre Ministerien, Behörden oder Einrichtungen sollten unmittelbar an das OIIA gesandt werden. Die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke, die an Privatpersonen oder Privatunternehmen gerichtet sind, wird über einen privaten Auftragnehmer durchgeführt. Dementsprechend sollten solche Zustellungsanträge und zustellungsbezogenen Anfragen unmittelbar an den Auftragnehmer des OIIA gesandt werden, ABC Legal (vormals PFI) in 633 Yesler Way, Seattle, WA 98104 USA. Bei Zustellungsanträgen nach dem Haager Zustellungsabkommen oder Rechtshilfeersuchen über diplomatische Kanäle müssen die Dokumente zusammen mit einer an ABC Legal Services zu zahlenden Bearbeitungsgebühr von USD 95 vorgelegt werden. Für Zustellungsanträge nach dem Interamerikanischen Übereinkommen oder für Anträge auf Zustellung eines gerichtlichen oder außergerichtlichen Schriftstücks an die Regierung der Vereinigten Staaten fällt keine Gebühr an. Weitere Informationen sind hier verfügbar: <https://www.abclegal.com/international-service-of-process> und <https://www.hcch.net/en/states/authorities/details3/?aid=279>. Für Anleitungen verweisen wir auch auf unsere Internetseite <https://www.justice.gov/civil/service-requests>.

Um eine Statusaktualisierung für einen ausstehenden, an ABC Legal gesandten Zustellungsantrag zu erhalten, nehmen Sie bitte Kontakt auf unter [internationalinfo@abclegal.com](mailto:internationalinfo@abclegal.com) oder (001) 206-521-9000.

Die Vereinigten Staaten haben keine Einwände gegen die informelle Zusendung solcher Dokumente per Post oder durch Privatpersonen -wenn sie nach anwendbarem Recht wirksam ist-, vorausgesetzt, es wird kein Zwang ausgeübt. In solchen Fällen ist es nicht erforderlich, Zustellungsanträge zur Erledigung an ABC Legal zu senden.

## *Beweisaufnahme*

Die Vereinigten Staaten werden Rechtshilfeersuchen erledigen, die nach dem Übereinkommen über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- oder Handelssachen („Haager Beweisübereinkommen“) eingereicht werden, oder über diplomatische Kanäle eingehende Rechtshilfeersuchen, mit denen von ordnungsgemäß identifizierten Zeugen spezifische Zeugenaussagen oder Dokumente angefordert werden.<sup>1</sup> Wir erledigen Ersuchen, mit denen die Vornahme einer gerichtlichen Handlung beantragt wird, die Gerichte in den Vereinigten Staaten nach dem Recht der Vereinigten Staaten vornehmen können. Der Umfang zulässiger gerichtlicher Handlungen ist allgemein definiert durch die Bundeszivilprozessordnung der Vereinigten Staaten (*U.S. Federal Rules of Civil Procedure*).<sup>2</sup> Die nachfolgenden Informationen geben einen Überblick über die internationale Rechtshilfe in Zivil- und Handelssachen in den Vereinigten Staaten in Bezug auf einige häufig angefragten Beweisarten.

Für Mitgliedsstaaten des Haager Beweisübereinkommens gilt, dass Rechtshilfeersuchen (*Letters of Request*) unmittelbar an unser Büro gesandt werden können, und zwar unter der folgenden Adresse:

U.S. Department of Justice  
Civil Division  
Office of International Judicial Assistance  
Benjamin Franklin Station  
P.O. Box 14360  
Washington, D.C. 20044  
United States of America

Rechtshilfeersuchen können auch elektronisch bei der Zentralbehörde der Vereinigten Staaten (*U.S. Central Authority*) eingereicht werden, und zwar unter [OIJA@usdoj.gov](mailto:OIJA@usdoj.gov).

Ersuchen mittels Rechtshilfeersuchen auf diplomatischem Wege („*letters rogatory*“) werden über diplomatische Kanäle an unser Büro übermittelt. An das Außenministerium der Vereinigten Staaten übermittelte Rechtshilfeersuchen auf diplomatischem Wege sollten vorzugsweise ein Anschreiben enthalten, das angibt, ob der Beweisantrag in einer zivil- oder handelsrechtlichen Sache verwendet werden soll, und darum bittet, dass das Außenministerium der Vereinigten Staaten die Rechtshilfeersuchen zur Erledigung an das OIJA übermittelt. Rechtshilfeersuchen auf diplomatischem Wege sollten an die folgende Adresse gesandt werden:

Judicial Assistance Officer  
U.S. Department of State  
Office of Legal Affairs (CA/OCS/L)  
SA-17, 10th Floor

---

<sup>1</sup> Bitte beachten Sie, dass die Vereinigten Staaten nur für die Zwecke der Zustellung gerichtlicher oder außergerichtlicher Schriftstücke, nicht aber für die Beweiserhebung Partei des Interamerikanischen Übereinkommens zu Rechtshilfeersuchen und des Zusatzprotokolls („Interamerikanisches Übereinkommen“) sind. Deshalb werden Beweisersuchen nach dem Interamerikanischen Übereinkommen unerledigt zurückgeschickt. Das Ersuchen müsste dann erneut über diplomatische Kanäle eingereicht werden, oder nach dem Haager Beweisübereinkommen, falls die ersuchende Behörde Partei dieses Übereinkommens ist.

<sup>2</sup> Verfügbar zum Herunterladen unter <http://www.uscourts.gov/uscourts/rules/civil-procedure.pdf>.

## I. Allgemeine Anforderungen an Internationale Rechtshilfeersuchen

Generell muss ein Ersuchen die Namen der Parteien im ausländischen Verfahren und eine hinreichend detaillierte Beschreibung der Art des zugrundeliegenden Verfahrens enthalten. Das Ersuchen muss die Adresse angeben, an die eingegangene Korrespondenz oder eingegangene Beweise gesandt werden sollen, üblicherweise entweder die Zentralbehörde oder die Ersuchende Behörde. Wenn das Ersuchen keine Adresse angibt, kann sich die Erledigung verzögern oder die Beweise können nicht erfolgreich zurückgesandt werden. Wenn Urkundenbeweise beantragt werden, muss das Ersuchen eine Beschreibung der Dokumente enthalten, die ausreicht, um der zuständigen Behörde, die das Ersuchen bearbeitet, ihre Identifizierung zu ermöglichen. Wenn sich das Ersuchen auf eine Zeugenaussage richtet, muss es den Namen und die Kontaktdaten des Zeugen sowie eine Liste zu stellender spezifischer Fragen enthalten, sowie gegebenenfalls Anweisungen der Ersuchenden Behörde betreffend die Art der Befragung, d.h. ob unter Eid oder nicht, und ob irgendwelche Sonderrechte anwendbar sind. Alle diese Informationen müssen in englischer Sprache zur Verfügung gestellt werden. Wenn nicht ausdrücklich eine mündliche Aussage angefordert wird, ist das Verfahren zur Erlangung von Zeugenaussagen die Einholung schriftlicher Antworten auf die Beweisfragen. Wenn das Gericht eine mündliche Aussage verlangt,<sup>3</sup> muss das Verlangen (1) eindeutig angeben, dass ein amtliches Protokoll der Zeugenaussage erforderlich ist, (2) zusichern, dass die Kosten des Gerichtsberichterstatters gezahlt werden, und (3) Kontaktdaten (vorzugsweise Email) der für die Zahlung des Gerichtsberichterstatters verantwortlichen Partei angeben (siehe Abschnitt II.b). Wenn ein Verlangen einer mündlichen Aussage nicht alle diese Informationen enthält, wird die Zeugenaussage durch schriftliche Antworten eingeholt.

Zur Sicherstellung einer effizienten und schnellen Bearbeitung regen wir an, dass die Ersuchenden Behörden ihre Kontaktdaten zur Verfügung stellen, vorzugsweise eine Email-Adresse, an die Nachfragen zur Klarstellung gesandt werden können. Diese Kontaktdaten können auch dazu benutzt werden, Zusicherungen für die Kostenerstattung einzuholen und erforderlichenfalls die Zahlung zu erleichtern (siehe Abschnitt II.b). Wir regen auch an, dass die Ersuchenden Behörden das von der Haager Konferenz zum Internationalen Privatrecht zur Verfügung gestellte Muster-Rechtshilfeersuchen als Leitlinie verwenden, um sicherzustellen, dass das Ersuchen alle erforderlichen Informationen beinhaltet.<sup>4</sup> Für weitere Informationen verweisen wir auf unsere Internetseite <https://www.justice.gov/civil/evidence-requests>.

## II. Verfahrensrechtliche Erwägungen

### a. *Zeitrahmen für die Erledigung*

Obwohl wir bei der Erledigung von Beweisersuchen zügig zu arbeiten versuchen, verzögert sich die Erledigung manchmal durch Umstände jenseits unserer Kontrolle. In der Regel werden Beweisersuchen innerhalb von drei (3) bis sechs (6) Monaten erledigt. Wenn jedoch der Zeuge entweder unwillig oder

---

<sup>3</sup> Mündliche Aussagen erfordern in den Vereinigten Staaten einen Gerichtsberichterstatter, der eine Niederschrift der Zeugenaussage erstellt. Der Einsatz eines Gerichtsberichterstatters verursacht Kosten, und zwar ungefähr 200 bis 250 USD, die zu erstatten sind.

<sup>4</sup> Verfügbar unter <https://assets.hcch.net/docs/e7b6b267-49e9-4e02-b814-c0780e5b65e3.pdf> (Bitte beachten Sie, dass dieses Formular auch Ersuchenden Behörden hilfreiche Leitlinien zur Verfügung stellt, die Ersuchen über diplomatische Kanäle einreichen, da die Anforderungen für Ersuchen, die nach einer der beiden Verfahrensweisen eingereicht werden, ähnlich sind).

unfähig ist, den Beweis freiwillig zu leisten, muss er dann nach 28 U.S.C. § 1782 dazu gezwungen werden, wobei es sich typischerweise um ein langwieriges Verfahren handelt.

Wenn das Ersuchen den Tag benennt, bis zu dem die Ersuchende Behörde den Eingang der Antwort benötigt, werden wir diesen Tag in Betracht ziehen. In vielen Fällen sind wir jedoch möglicherweise nicht dazu in der Lage, die angeforderte Frist einzuhalten. Unser übliches Verfahren an diesem Punkt ist es, mit der Erledigung fortzufahren und an die Ersuchende Behörde eine Empfangsbestätigung zu senden, in der wir erklären, warum wir nicht dazu in der Lage sein werden, die geforderte Frist einzuhalten. Wenn zu irgendeinem Zeitpunkt der Beweis nicht mehr benötigt wird, lassen Sie uns das bitte wissen, und zwar mit Email an [OIIA@usdoj.gov](mailto:OIIA@usdoj.gov).

#### b. *Kosten und Gebühren*

Im Allgemeinen sind die Vereinigten Staaten dazu in der Lage, Ersuchen ohne Erstattung zu erledigen. Die Vereinigten Staaten können jedoch die Erstattung von Kosten Dritter verlangen, die mit der Einholung des angeforderten Beweises in Verbindung stehen. In den meisten Fällen betrifft dies Gebühren für Zustellung gerichtlicher oder außergerichtlicher Schriftstücke, Gebühren des Gerichtsberichterstatters für mündliche Aussagen oder Laborgebühren für die Erfassung einer DNA-Probe. Soweit zulässig und möglich, wird unser Büro Informationen zur Verfügung stellen dazu, an wen die Zahlung zu leisten ist, so dass das ausländische Gericht oder die Parteien des Rechtsstreits die Zahlung unmittelbar leisten können. Wir bemühen uns, das ausländische Gericht im Voraus über Kosten zu benachrichtigen, von denen wir erwarten, dass sie zu zahlen sein werden. Wenn eine Erstattung angefordert wird, sollte eine Zahlung an die zuständige Staatsanwaltschaft (*U.S. Attorney's Office*) vorzugsweise per Scheck erfolgen. Wir werden nach Möglichkeit aber auch darüber informieren, wie eine Erstattung an die US-Staatsanwaltschaft durch Überweisung erfolgen kann.

### III. Ersuchen, die die Vereinigten Staaten nicht erledigen können

#### a. *Ermittlungen*

In den Vereinigten Staaten sind Gerichte nicht dazu in der Lage, faktische Ermittlungen durchzuführen oder private Ermittler zu beauftragen. Ferner führen die Vereinigten Staaten kein Zentralregister ihrer Einwohner. Wir sind deshalb nicht dazu in der Lage, Ersuchen zu erledigen, mit denen die Mitteilung der Adresse einer Person begehrt wird, oder deren Arbeitgeber, Vermögen und Besitztümer, Ehestand, sozialen und wirtschaftlichen Status oder andere erbschaftsbezogene Anfragen, die der Ermittlung bedürfen. Wir sind auch nicht dazu in der Lage, Ersuchen zu erledigen, mit denen eine Ermittlung der Gesundheit und des Wohlergehens von in den Vereinigten Staaten befindlichen Minderjährigen begehrt wird. Ersuchende Behörden und Parteien des Rechtsstreits sind frei darin, unabhängig Ermittler zu beauftragen, um die gewünschten Informationen zu erlangen. Alternativ können das Botschafts- und Konsulatspersonal des ausländischen Staates Besuche betreffend Wohlergehen und Aufenthalt durchführen, und unter bestimmten Umständen können staatliche Jugendämter (*state child welfare offices*) Hilfe leisten, wenn sie direkt von der Ersuchenden Behörde oder den Streitparteien angesprochen werden. Das OIIA spielt bei solchen Besuchen keine Rolle.

Es gibt ferner einige Internet-Suchsysteme, die Parteien dazu in die Lage versetzen, eine Adresse einer Privatperson herauszufinden oder Unternehmen zu ermitteln, die "Skip Tracing" durchführen, ein Begriff, der verwendet wird, um das Verfahren der Lokalisierung von Privatpersonen unbekannter Adresse

zu beschreiben. Ist eine Adresse einmal identifiziert, steht es den Parteien frei, Kontakt zu der Privatperson aufzunehmen, um festzustellen, ob sie den erforderlichen Beweis freiwillig zur Verfügung stellen wird, oder die Ersuchende Behörde kann eine Ersuchen auf Internationale Rechtshilfe stellen, das die Kontaktdaten des Zeugen und eine Liste ihm zu stellender Fragen enthalten muss. Es können auch Ersuchen auf Bestätigung eingereicht werden, ob eine Adresse noch gültig ist, aber nur dann, wenn auch ausreichende identifizierende Informationen über die Person und ihre letztbekannte Adresse vorgelegt werden.

Alternativ zu sozialen oder wirtschaftlichen Ermittlungen kann die Ersuchende Behörde auch ein Ersuchen stellen mit der Angabe eines Zeugen, der die soziale oder wirtschaftliche Lage der Person kennt, zusammen mit einer Liste der diesem Zeugen zu stellenden Fragen. Beispielsweise dann, wenn die Person in den Vereinigten Staaten beschäftigt ist oder war, und die Ersuchende Behörde den oder die Arbeitsgeber identifizieren kann, kann Zeugnis und Urkundenbeweis betreffend das Einkommen der Person ersucht werden. Ferner können wir dann, wenn die Ersuchende Behörde der Person gehörenden Grundbesitz nennt, dazu in der Lage sein, Immobiliendaten zu erlangen. Wir können auch dazu in der Lage sein, Informationen über bestimmte Bankkonten zu erhalten (siehe Abschnitt IV.g).

#### b. *Rechts- oder Beratungsgutachten*

Ersuchen auf Rechtsgutachten liegen außerhalb des Rahmens der Rechtshilfe, die das OIJA erbringen kann. Gerichte der Vereinigten Staaten können keine beratenden Gutachten zu Rechtsfragen abgeben. Siehe auch den Bericht über die Tätigkeiten der Spezialkommission vom Mai 1985 über die Handhabung des Übereinkommens vom 18. März 1970 über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- oder Handelssachen, Teil I, § 1(D). Deshalb können Ersuchen um Auslegungen des Rechts oder Rechtsgutachten nicht erledigt werden. Um ein Rechtsgutachten zu erhalten, können die Parteien einen in der betreffenden Rechtsordnung der Vereinigten Staaten zugelassenen Anwalt damit beauftragen, rechtliche Untersuchungen durchzuführen.

#### c. *Vollstreckung eines Urteils oder Gerichtsbeschlusses*

Ersuchen auf Vollstreckung eines Urteils oder eines Gerichtsbeschlusses liegen außerhalb des Umfangs der Rechtshilfe, die das OIJA erbringen kann. Ferner sind wir nicht dazu in der Lage, Ersuchen zu erledigen, die sich auf Pfändung von Vermögensgegenständen richten, auf Lohnpfändung, Eigentumsübertragung oder eine andere Maßnahme, die eine Klageerhebung in den Vereinigten Staaten erfordert. Um ein ausländisches Urteil oder einen ausländischen Gerichtsbeschluss zu vollstrecken, Vermögensgegenstände zu pfänden, Eigentumsübertragungen oder eine andere Maßnahme in den Vereinigten Staaten vorzunehmen, die eine Klageerhebung erfordern, sollten die Parteien einen Rechtsanwalt beauftragen, der dann Zivilklage vor einem Gericht in den Vereinigten Staaten erheben muss, das zuständig ist für die fragliche Person oder das fragliche Vermögen.

#### d. *Einkommensteuerinformationen*

Im Falle von Ersuchen auf Erteilung von Einkommensteuerinformationen durch die Finanzbehörde der Vereinigten Staaten (*U.S. Internal Revenue Service*) ("IRS") kann der Steuerpflichtige oder eine für die Abfrage der Steuerunterlagen bevollmächtigte Person (im Falle eines verstorbenen Steuerpflichtigen oder eines Unternehmens) die erforderliche Zustimmung zur Verfügung stellen, indem er, abhängig von der angefragten Information, eines von mehreren IRS-Formularen ausfüllt. Die IRS ist nur zur Überlassung von Kopien in der Lage und kann keine Ermittlungen durchführen oder Nachforschungen zur steuerlichen Historie eines Steuerpflichtigen anstellen. Formular 4506 (Steuererklärungen) und Formular 4506T

(Steuerabschriften) sollten verwendet werden, um die erforderliche Zustimmung vorzulegen (die Formulare und Anweisungen sind online verfügbar unter <https://www.irs.gov/uac/form-8821-tax-information-authorization>). Das unterzeichnete Formular muss bei der IRS innerhalb von 120 Tagen nach dem Unterzeichnungsdatum eingehen. Ferner wird für jede angeforderte Steuererklärung eine Gebühr von 50 USD fällig, und die Zahlung muss per Scheck oder Zahlungsanweisung erfolgen. Bitte beachten Sie, dass es keine Gebühr für den Erhalt von Abschriften gibt. Die Person, die zur Erteilung der Zustimmung befugt ist, sollte das Formular ausfüllen und das ausländische Gericht als die Partei angeben, die die Unterlagen erhalten soll. Wenn die IRS Unterlagen zur Verfügung stellen kann, wird sie diese unmittelbar an das ausländische Gericht senden. Unser Büro ist an Ersuchen um Unterlagen von der IRS nicht beteiligt. Für eine detailliertere Anleitung, wie Unterlagen von der IRS angefordert werden können, sprechen Sie bitte das OIJA an.

e. *Freiwillige Aussage per Videokonferenz*

Die Vereinigten Staaten erhalten gelegentlich Ersuchen gerichtet auf die Vernehmung einer Person in den Vereinigten Staaten, die per Videokonferenz erfolgen und von einem Richter oder einem Anwalt aus dem Ausland durchgeführt werden soll.

Das OIJA ist nicht dazu in der Lage, diese Art Ersuchen zu erledigen, weil nicht die Vereinigten Staaten ersucht werden, unmittelbar den Beweis für das ausländische Gericht aufzunehmen. Das OIJA wird nur Ersuchen erledigen, mit denen die Vereinigten Staaten als ersuchter Staat gebeten werden, den Beweis unmittelbar vom Zeugen aufzunehmen. Damit kann das OIJA kein Ersuchen bearbeiten, mit dem wir gebeten werden, eine Videokonferenz so einzurichten, dass das ausländische Gericht oder der ausländische Rechtsanwalt, und nicht ein Rechtsanwalt des Justizministeriums der Vereinigten Staaten, direkt die Fragen stellen kann. Eine solche Aussage per Videokonferenz ist jedoch ordnungsgemäß und verletzt kein US-Amerikanisches Recht, solange sie freiwillig erfolgt. Wenn das der Fall ist, kann die Aussage privat arrangiert werden.

Wenn der Zeuge jedoch zu einer solchen Aussage in Videokonferenz nicht freiwillig erscheinen möchte, kann das ausländische Gericht gern ein Ersuchen an unser Büro richten. In einem solchen Fall würde das ausländische Gericht dem OIJA den Namen und die Adresse des Zeugen sowie die dem Zeugen zu stellenden spezifischen Fragen übermitteln. Ein Rechtsanwalt des Justizministeriums würde den Zeugen mit einer Vorladung zum Erscheinen zur Aussage verpflichten. Auf Ersuchen des ausländischen Gerichts können interessierte Rechtsanwälte für die Parteien oder ein ausländischer Richter bei der Aussage anwesend sein. Bei der Aussage würde der Rechtsanwalt des Justizministeriums dem Zeugen die im Ersuchen vorgelegten Fragen stellen. Einer bei der Aussage anwesenden Person aus der Ersuchenden Behörde wäre es nur gestattet, Folgefragen zu stellen, mit denen die Fragen aus dem Ersuchen klargestellt werden. Die Niederschrift der Aussage würde vom OIJA an das ausländische Gericht übermittelt. Für weitere Informationen besuchen Sie bitte das Video-Link-Profil der Zentralbehörde der Vereinigten Staaten unter <https://assets.hcch.net/docs/b4f23c79-dc6f-41c8-a7f7-23906749750a.pdf>.

IV. Beschränkungen für bestimmte Arten von Ersuchen

a. *Einholung von Gerichtsbeschlüssen, Unternehmensinformationen und anderer öffentlich verfügbarer Informationen*

Öffentlich verfügbare Informationen wie beispielsweise Kopien von Gerichtsbeschlüssen, Gesetzen und Unternehmens-Registerdaten sehen die Vereinigten Staaten jenseits des Umfangs der Hilfe, die von unserem Büro erbracht werden kann, da es nicht in die Funktion des Justizwesens der Vereinigten Staaten fällt, solche Dokumente zur Verfügung zu stellen.

Die Ersuchende Behörde oder die Parteien des Rechtsstreits können Kopien von Gerichtsdokumenten erhalten, indem sie das betreffende Gericht ermitteln und die Internetseite dieses Gerichts besuchen. Unter Verwendung einer Internet-Suchmaschine können die Ersuchende Behörde oder die Parteien die Internetseite des betreffenden Gerichts herausfinden, indem sie das Gericht mit Namen suchen. Ferner ist „*Public Access to Court Electronic Records*“ („PACER“) ein elektronischer öffentlicher Zugangsdienst, der es Nutzern ermöglicht, online Fall- und Akteninformationen zu erhalten, und zwar von Bundesberufungs-, Distrikts- und Insolvenzgerichten. PACER steht zur Verfügung unter [www.pacer.gov](http://www.pacer.gov). Bitte beachten Sie, dass manche Internetseiten verlangen, ein Konto anzulegen und/oder Zahlung zu leisten, um Dokumente zu erhalten. Die meisten Gerichte der Vereinigten Staaten können beglaubigte Gerichtsakten unmittelbar zur Verfügung stellen, und zwar gegen eine Gebühr, die dem Gericht von der Ersuchenden Behörde oder den Parteien des Rechtsstreits zu zahlen ist.

Unternehmens-Registerdaten können eingeholt werden vom Staatssekretär (*Secretary of State*), abhängig vom Staat, in dem das Unternehmen errichtet ist. Beispielsweise besuchen Sie zum Erhalt von Informationen über ein in Kalifornien errichtetes Unternehmen die Internetseite des California Secretary of State: <http://www.sos.ca.gov/>. Bitte beachten Sie, dass manche Staaten für den Zugang zu Unternehmensinformationen eine Zahlung verlangen, die von der Ersuchenden Behörde oder den Parteien des Rechtsstreits zu leisten ist.

b. *Personenstandsunterlagen*

Personenstandsunterlagen wie beispielsweise Geburtsurkunden, Sterbeurkunden, Heiratsurkunden und Scheidungsbeschlüsse<sup>5</sup> können von der lokalen Regierung des Staates eingeholt werden, in dem das betreffende Ereignis stattfand. Das Nationale Zentrum für Gesundheitsstatistik („*The National Center for Health Statistics*“) (<https://www.cdc.gov/nchs/w2w/index.htm>) bietet Links zu Informationen über die Personenstandsunterlagen eines jeden Staates. Bestimmte Personen, festgelegt durch den Staat in Abhängigkeit von der Art der Unterlagen, können Personenstandsunterlagen in Kopie direkt vom Staat oder über VitalChek anfordern (<https://www.vitalchek.com/>). Wenn das Gericht oder die Parteien des ausländischen Rechtsstreits nicht dazu in der Lage sind, ein Personenstandsdokument direkt zu beschaffen, könnte unser Büro dazu in der Lage sein, das Dokument durch Bewirkung eines Gerichtsbeschlusses nach 28 U.S.C. § 1782 zu beschaffen. Ein Ersuchen auf Personenstandsunterlagen muss den Staat angeben, der die Unterlagen führt, ferner alle von diesem Staat verlangten Informationen, um die Unterlagen freizugeben.

c. *Zustimmung zur Einholung von Sozialversicherungsunterlagen und Krankenakten*

---

<sup>5</sup> Bitte beachten Sie, dass Scheidungsurteile, in denen die Scheidungsvereinbarungen aufgeführt werden, keine öffentlich verfügbaren Dokumente sind und nur von einer Partei des Verfahrens oder mit Gerichtsbeschluss eingeholt werden können. Es ist jedoch ausländischen Gerichten oder den Parteien des ausländischen Gerichtsverfahrens möglich, in bestimmten Rechtsordnungen einen Nachweis der Scheidung in Form einer Bescheinigung oder eines Gerichtsbeschlusses zu erhalten.

Nach dem Recht der Vereinigten Staaten sind die Sozialversicherungsleistungen und Krankenakten einer Person vertraulich und können nicht freigegeben werden ohne die unterzeichnete Zustimmung der betroffenen Person, ihres Vormunds oder ihres gesetzlichen Vertreters.

#### i. Sozialversicherungsunterlagen

Sozialversicherungsunterlagen, die von der Sozialversicherungsverwaltung der Vereinigten Staaten („U.S. Social Security Administration“) („SSA“) geführt werden, sind vertraulich und können nicht ohne die unterzeichnete Zustimmung der betroffenen Person freigegeben werden. Ein auf Sozialversicherungsunterlagen gerichtetes Ersuchen muss den Namen, die Sozialversicherungsnummer („SSN“) und den Geburtstag der Person enthalten, deren Unterlagen gesucht werden. Wenn die SSN nicht verfügbar ist, dann muss zusätzlich zum Namen und Geburtstag auch der Geburtsort der Person, der Mädchenname der Mutter oder der Name des Vaters angegeben werden. Das Ersuchen muss auch Hintergrundinformationen bieten, die erklären, warum die Unterlagen benötigt werden. Die begehrten Informationen und Unterlagen müssen klar identifiziert und beschrieben werden, sonst wird das Ersuchen nicht bearbeitet. Schließlich muss das Zustimmungsförmular eine klare und lesbare Unterschrift aufweisen. Siehe <https://secure.ssa.gov/apps10/poms.nsf/lnx/0203305003>.

Wenn nicht steuerliche Informationen wie beispielsweise Rentenzahlungen, Sozialversicherungsleistungen etc. erbeten werden, so sollte die Person zur Erteilung der erforderlichen Zustimmung das Formölar SSA-3288 ausfüllen, das verfügbar ist unter <http://www.ssa.gov/online/ssa-3288.pdf>. Dieses Formölar muss von der Person in seiner Gesamtheit ausgefüllt und unterzeichnet werden. Die unterzeichnete Zustimmung muss bei der SSA innerhalb eines Jahres nach dem Datum der Unterschrift der zustimmenden Person eingehen. Vorbehaltlich weniger Ausnahmen, wenn das Ersuchen keine steuerlichen Informationen über einen Verstorbenen betrifft, können diese Unterlagen ohne Zustimmung freigegeben werden, wenn das Ersuchen einen akzeptablen Todesnachweis enthält. Siehe <https://secure.ssa.gov/apps10/poms.nsf/lnx/0203315010>. Für steuerbezogene Informationen einschließlich über Einnahmen und Beschäftigung muss das Formölar SSA-7050-F4 zur Erteilung der Zustimmung durch eine befugte Person benutzt werden; es ist verfügbar unter <https://www.ssa.gov/forms/ssa-7050.pdf>. Das Zustimmungsförmular muss bei der SSA innerhalb von 120 Tagen nach dem Datum der Unterschrift der zustimmenden Person eingehen. Für detailliertere Informationen dazu, wie Unterlagen von der SSA ordnungsgemäß angefordert werden, sprechen Sie bitte das OIJA an.

#### ii. Krankenakten

Gesundheitsdienstleister dürfen Krankenakten nicht offenlegen, sofern nicht entweder vom Patienten oder einem gesetzlichen Vertreter dieses Patienten die Zustimmung dazu erteilt wird. Der Patient oder der gesetzliche Vertreter muss ein Formölar zur Freigabe medizinischer Informationen zur Verfügung stellen, und zwar mit folgendem Inhalt: (1) Name oder Identifizierung der Person bzw. der Personen / Gruppe von Personen, die zur Anforderung befugt sind, (2) Name oder Identifizierung der Person bzw. der Personen / Gruppe von Personen, denen gegenüber das Gesundheitsunternehmen geschützte Gesundheitsinformationen offenlegen darf, (3) Beschreibung der zu verwendenden/offenzulegenden Informationen, die die Informationen spezifisch identifiziert, (4) Beschreibung eines jeden Zwecks der beantragten Verwendung/Offenlegung, (5) ein Ablaufdatum oder ein Ablaufereignis, das sich auf die Person oder auf den Zweck der Nutzung oder Offenlegung bezieht, (6) eine datierte Unterschrift der Person, (7) eine Bestätigung, dass der Patient oder Vertreter über sein Recht informiert wurde, die Zustimmung schriftlich zu widerrufen, (8) eine Beschreibung, wie die Person die Zustimmung widerrufen kann, und der Ausnahmen

zum Widerrufsrecht, (9) einen Hinweis, dass die Behandlung, Bezahlung, Anmeldung oder Leistungsberechtigung nicht von der Unterzeichnung des Zustimmungsformulars durch den Patienten abhängig gemacht werden darf, und (10) einen Hinweis darauf, dass die Offenlegung infolge der Zustimmung Gegenstand einer Weiter-Offenlegung sein kann und nicht mehr von Bundesrecht geschützt sein kann. 45 C.F.R. § 164.508(a)(2) (2013). Wenn ein Zustimmungsformular nicht alle die erforderlichen Informationen enthält, kann OIJA das Ersuchen nicht erledigen. Bitte wenden Sie sich an [OIJA@usdoj.gov](mailto:OIJA@usdoj.gov), damit Ihnen OIJA ein Musterformular (*Medical Authorization Model Form*), ein Musteranschreiben und ein Instruktionsblatt zukommen lassen kann.

#### d. *Unterlagen zu Grenzübertritten und Immigration*

In den Vereinigten Staaten werden Unterlagen zu Grenzübertritten und Immigration von verschiedenen Ministerien und Behörden innerhalb der Regierung der Vereinigten Staaten geführt. Deshalb bestimmt die Art der begehrten Unterlagen, welches Ministerium und welche Behörde das Ersuchen bearbeitet.

Die Zoll- und Grenzschutzbehörde der Vereinigten Staaten (*U.S. Customs and Border Protection*) (“CBP”) führt bestimmte Unterlagen betreffend Einreisen und Ausreisen aus den Vereinigten Staaten durch jegliche Personen. Um diese Unterlagen zu erhalten, muss das Ersuchen identifizierende Informationen betreffend die Person enthalten, so dass ihre Unterlagen gefunden werden können. Das Ersuchen sollte den vollen Namen der Person aufführen, ihr Geburtsdatum sowie die Passnummer, falls verfügbar. Für detailliertere Anleitungen dazu, wie von CBP Unterlagen eingeholt werden, sprechen Sie bitte das OIJA an.

Die Behörde der Vereinigten Staaten für Staatsangehörigkeitsfragen und Immigrationsdienstleistungen (*U.S. Citizenship and Immigration Services*) (“USCIS”) führt Unterlagen zur Immigration einer Person und ihren Staatsangehörigkeitsstatus. Um diese Unterlagen zu erhalten, muss das Ersuchen identifizierende Informationen betreffend die Person enthalten, so dass ihre Unterlagen gefunden werden können. Das Ersuchen sollte den Namen der Person, ihr Geburtsdatum und ihren Geburtsort enthalten. Falls verfügbar, sollten Sie auch jegliche Alias-Namen angeben, die A-File Nummer der Person (Immigrationsnummer der Vereinigten Staaten) und die Sozialversicherungsnummer. Bei manchen Sachverhalten wird USCIS nicht dazu in der Lage sein, die Unterlagen zu finden (wegen ihres Alters oder wegen Fehlens identifizierender Informationen), oder die Person ist geschützt durch eine Vertraulichkeitsregelung und die Unterlagen stehen deshalb nicht zur Verfügung.

Ersuchen für Informationen betreffend Visa und Pässe der Vereinigten Staaten werden an das Außenministerium der Vereinigten Staaten (*U.S. Department of State*) gerichtet, aber die Freigabe solcher Unterlagen wird von Fall zu Fall erfolgen. Das Gesetz zu Immigration und Staatsbürgerschaft (*Immigration and Nationality Act*) (“INA”) § 222(f), 8 U.S.C. § 1202(f), sieht vor, dass Visaunterlagen vertraulich sind und dass die Informationen in Visaunterlagen vorbehaltlich begrenzter Ausnahmen „nur für die Formulierung, Ergänzung, Verwaltung oder Durchsetzung der Immigrations-, Staatsbürgerschafts- und anderer Gesetze der Vereinigten Staaten verwendet werden dürfen. Paragraph 222(f)(1) gibt dem Außenminister das Ermessen, beglaubigte Kopien von Unterlagen offenzulegen, die einem ausländischen Gericht zur Verfügung gestellt werden können, welches „bescheinigt, dass die in solchen Unterlagen enthaltenen Informationen in einem vor dem Gericht anhängigen Rechtsstreit vom Gericht im Interesse der Gerechtigkeit benötigt werden“. Damit das Außenministerium der Vereinigten Staaten entscheiden kann, ob der Beweis „im Interesse der Gerechtigkeit“ zur Verfügung gestellt werden sollte, muss das Ersuchen die

Gründe, warum die Information begehrt wird, klar und deutlich nennen und Hintergrundinformationen zur Sache zur Verfügung stellen, aus denen hervorgeht, wie dieser Beweis bei der Entscheidung der Sache hilfreich sein wird.

e. *Import- und Exportdaten*

Die Zoll- und Grenzschutzbehörde der Vereinigten Staaten (*U.S. Customs and Border Protection*) (“CBP”) führt auch Unterlagen zu Importen in die Vereinigten Staaten und Exporten aus den Vereinigten Staaten, einschließlich Informationen zu Beschlagnahmen. Ersuchen auf Importinformationen sollten ausreichende Informationen enthalten, um die fraglichen Lieferungen zu identifizieren, oder die erbetenen Arten von Informationen spezifisch beschreiben, und einen Zeitrahmen für eine Nachforschung angeben. CBP ist gesetzlich beschränkt in Bezug auf die Umstände, unter denen sie Exportdaten zur Verfügung stellen darf, und es ist ihr ausdrücklich gesetzlich verboten, Exportinformationen für Zwecke der wirtschaftlichen Rechtsdurchsetzung zur Verfügung zu stellen. Für detailliertere Anleitungen zum Ersuchen zu Import- und Exportdaten wenden Sie sich bitte an das OIJA.

f. *Elektronische Kommunikation*

Es kann ein Ersuchen eingereicht werden, um von einem Anbieter von Internetdiensten (Google, Yahoo, Facebook, etc.) elektronische Kommunikation zu erhalten, beispielsweise Emails. Jedoch müssen Anbieter von Internetdiensten im Zusammenhang mit internationaler Rechtshilfe in Zivilsachen keine Kommunikationsinhalte offenlegen. Siehe das Gesetz über gespeicherte Kommunikation (*Stored Communications Act*) (SCA), kodifiziert als 18 U.S.C. §§ 2701-2711. Wahrscheinlich wird es sich bei allem, was infolge eines Ersuchens zu erlangen ist, um Kunden-, Nutzer und Registrierungsunterlagen handeln, die den Namen des Kunden, seine Adresse, Aufzeichnungen zu Telefonverbindungsdaten lokal und überregional enthalten können, Aufzeichnungen der Nutzungszeiten und -dauer, Länge der Inanspruchnahme (einschließlich Datum des Beginns) und genutzte Servicearten, Nummer des Telefons oder Geräts oder andere Nummer oder Identität des Abonnenten, einschließlich zeitweise zugewiesener Netzwerkadresse, und Zahlungsquelle für diesen Service (einschließlich Kreditkartennummer oder Bankkontonummer). Solche Ersuchen erfordern stets einen Gerichtsbeschluss, den die US-Zentralbehörde durch eine US-Staatsanwaltschaft nach 28 U.S.C. § 1782(a) erlangen wird. Damit solche Ersuchen erledigt werden können, muss das Ersuchen eine Kopie des ausländischen Gerichtsbeschlusses mit englischer Übersetzung enthalten und den spezifischen erbetenen Beweis und seine Relevanz für das ausländische Verfahren erläutern.

Bitte beachten Sie, dass der Erste Zusatzartikel zur Verfassung der Vereinigten Staaten das Recht auf freie Meinungsäußerung im Internet schützt, einschließlich des Rechts des Autors, anonym zu bleiben. Obwohl dieses Recht nicht unbegrenzt ist, hängt das einem Sprecher zuzumessende Schutzniveau von den Umständen und der Art der betreffenden Meinungsäußerung ab. Politische Meinungsäußerung genießt das höchste Schutzniveau, während der wirtschaftlichen Meinungsäußerung eine beschränkte zukommt. Ferner haben Gerichte der Vereinigten Staaten klar geäußert, dass sich Anbieter von Internetdiensten für ihre Nutzer auf den Ersten Zusatzartikel berufen können. Wenn ein Ersuchen den Schutz durch den Ersten Zusatzartikel impliziert, dann stellen Gerichte der Vereinigten Staaten vor einer Entscheidung über einen Gerichtsbeschluss die Art der betreffenden Meinungsäußerung und die Art der Analyse fest, die bei der Abwägung der Rechte der Parteien angemessenen zu verwenden ist. Ungeachtet der gewählten Art der Analyse müssen den Gerichten der Vereinigten Staaten ausreichende Informationen übermittelt werden in Bezug auf den zugrundeliegenden Klageanspruch und das Verfahren sowie die Relevanz der verlangten

Beweise, um festzustellen, ob sie einen Gerichtsbeschluss zur Erzwingung des Beweises fassen können. Wenn dem OIJA keine ausreichenden Informationen für diese Art von Analyse zur Verfügung gestellt werden, wird das Ersuchen unerledigt zurückgesandt.

g. *Bankunterlagen*

Um Bankunterlagen zu erhalten, muss das Ersuchen Informationen betreffend spezifische Bankkonten enthalten. Das Ersuchen sollte enthalten den vollen Namen des Kontoinhabers, den Namen der Bank, bei der das Konto geführt wird, die Kontonummer und vorzugsweise andere persönlich identifizierende Informationen wie beispielsweise die Sozialversicherungsnummer, die Adresse der Person, Geburtstag etc. Ersuchen, die nur den Namen einer Person und den Namen der Bank angeben, können nicht erledigt werden; es sind weitere identifizierende Informationen über die Person erforderlich. Solche Ersuchen erfordern üblicherweise einen Gerichtsbeschluss, den die US-Zentralbehörde selbst oder durch eine US-Staatsanwaltschaft nach 28 U.S.C. § 1782(a) erlangen wird. Ferner verfügt jedes größere Finanzinstitut über ein nationales Büro, das Vorladungen bearbeitet. Obwohl ein Ersuchen eine bestimmte Bankniederlassung oder einen bestimmten Bankstandort angeben sollte, werden diese Ersuchen stets an das entsprechende national benannte Büro weitergeleitet. Bitte beachten Sie, dass nach Bundesrecht der Vereinigten Staaten Finanzinstitute Kunden- und Unternehmensunterlagen nur für bis zu 7 Jahren oder höchstens 10 Jahren aufbewahren.

Wenn mit dem Ersuchen ein Beweis von einem der verbundenen Unternehmen der J.P. Morgan Chase Bank N.A. (einschließlich Chase Bank N.A., Chase Bank USA, etc.) angestrebt wird, bitte geben Sie "J.P. Morgan Chase Bank N.A." im Ersuchen als Zeugen an. Bei Unterlagen der Bank of America muss das Ersuchen den Zeitraum enthalten, für den Unterlagen angefordert werden. Schließlich ist die Bank of New York keine juristische Person mehr, benennen Sie deshalb "The Bank of New York Mellon Corporation" oder "The Bank of New York Mellon" als Zeugen. Wenn wir Ersuchen für diese Institute erhalten, die diese Leitlinien nicht beachten, müssen wir sie unerledigt zurücksenden.

h. *DNA-Proben*

In den Vereinigten Staaten müssen Ersuchen auf DNA-Proben die Namen der Mutter, des Kindes und des mutmaßlichen Vaters gemeinsam mit seiner aktuellen Adresse enthalten. Wenn möglich, sollte auch das Geburtsdatum oder die Sozialversicherungsnummer des mutmaßlichen Vaters angegeben werden. Das Ersuchen muss auch ausreichende Tatsachen mitteilen, um zu zeigen, dass es eine Grundlage für die Annahme gibt, der Zeuge könne Vater des fraglichen Kindes sein. Wenn wir keine ausreichenden Hintergrundinformationen erhalten, um den mutmaßlichen Vater und seine mögliche Verbindung zum Kind klar zu erkennen, sind wir nicht dazu in der Lage, das Ersuchen zu erledigen. Ferner muss das ausländische medizinische Labor, das die DNA-Probe analysieren soll, die Materialien liefern, die zur Erlangung der Probe zu verwenden sind (beispielsweise ein Set für Abstriche der Mundschleimhaut), Instruktionen geben für die Erlangung der DNA-Probe, und angeben, welche Identifizierungsdokumente zur Zeit der Probenahme von der Person vorgelegt werden sollten (Foto, Fingerabdrücke, Passkopie). Das Ersuchen muss auch eine Adresse angeben wohin die Probe zurückgesandt werden soll, bei der es sich nicht um ein Postfach handelt. Bitte beachten Sie, dass mit der Erlangung einer DNA-Probe Kosten verbunden sein können, wenn ein privates Labor eingeschaltet wird, die erstattet werden müssen (siehe Abschnitt II.b).

i. *Sachverständiger*

Wir sind nicht dazu in der Lage, Ersuchen zu erledigen, die sich auf Bestellung eines nicht konkret angegebenen Sachverständigen richten, um eine Ermittlung oder eine Prüfung durchzuführen und einen Bericht zu erstellen. Unter sehr begrenzten Umständen jedoch, wenn die Ersuchende Behörde einen konkreten Sachverständigen benennt, um eine klar definierte Handlung durchzuführen, und vorab die unmittelbare Bezahlung der Dienste des Sachverständigen arrangiert hat, können wir diesen Sachverständigen ansprechen und das Ersuchen erledigen. Das Ersuchen muss auch einen Kontakt für das Unternehmen von Interesse angeben und Zusicherungen, dass das Unternehmen dem Sachverständigen Zugang zu seinen Unterlagen gewähren wird. Wenn das Ersuchen vom Sachverständigen fordert, Dokumente eines Unternehmens zu prüfen und zu analysieren, das dem Sachverständigen keinen Zugang zu seinen Räumlichkeiten gewähren oder anderweitig die Dokumente nicht freiwillig herausgeben wird, muss ein gesondertes Ersuchen eingereicht werden, um klar identifizierte Unterlagen zu erlangen, was OIJA tun wird, indem es einen Gerichtsbeschluss und eine Vorladung bewirkt. Wenn die Dokumente eingegangen sind, wird OIJA sie an den Sachverständigen zu seiner Prüfung weiterleiten. Diese Art des Ersuchens ist ungewöhnlich und derzeit beschränkt auf Buchhaltungsexperten, die einen klar definierten Bestand an Unternehmensunterlagen prüfen.

#### V. Einholung von Beweisen unmittelbar bei Gerichten der Vereinigten Staaten

Nach dem Recht der Vereinigten Staaten kann jede „interessierte Partei“ bei einem Bezirksgericht der Vereinigten Staaten einen Antrag gemäß 28 U.S.C. § 1782(a) stellen und das Gericht bitten, die Vorlage von Beweisen in den Vereinigten Staaten zu erzwingen, um einen ausländischen Rechtsstreit zu unterstützen. Siehe 28 U.S.C. § 1782(a). Das OIJA wäre an einem solchen von Privaten initiierten Verfahren nicht beteiligt.

#### VI. Kontaktdaten

Bitte beachten Sie, dass wir telefonisch oder per Email auch auf Spanisch kommunizieren können, auch wenn alle gerichtlichen Dokumente in die englische Sprache übersetzt werden müssen. Sollten Sie weitere Fragen haben, wenden Sie sich gern an uns unter [OIJA@usdoj.gov](mailto:OIJA@usdoj.gov) oder per Telefon unter +1-202-514-6700.